

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Expert\*innenanhörung zum Öffentlichen Gesundheitsdienst in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führt gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport eine Expert\*innenanhörung zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Verbesserung und Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bayern durch.

#### Begründung:

Bund und Länder haben sich auf einen „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ geeinigt. Im Pakt wurden klare Ziele definiert: In den Ländern sollen bis Ende kommenden Jahres mindestens 1.500 neue Stellen geschaffen und mit Ärzt\*innen sowie Fach- und Verwaltungspersonal besetzt werden. Bis Ende 2022 sollen mindestens weitere 3.500 Vollzeitstellen geschaffen werden. Darüber hinaus soll in die Digitalisierung der Gesundheitsbehörde, eine moderne IT -Infrastruktur, ein sicheres Datensicherheitskonzept sowie die Vernetzung der Behörden investiert werden.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig ein funktionierender ÖGD ist. Gesundheitsämter sind das Nadelöhr in der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Gesundheitsämter sind etwa mit der Kontaktnachverfolgung, der Überwachung der Quarantäne und zahlreichen anderen Aufgaben betraut. Die Aufgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst sind aber vielfältig und müssen weiterhin bestmöglich gewährleistet werden. Neben den Aufgaben zum Infektionsschutz geht es auch um die Gesundheitsfürsorge wie bspw. das Impfwesen oder Schuleingangsuntersuchungen und Umwelthygiene.

Gemäß der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Corona-Pandemie: Gesundheitsämter in Bayern" ist etwa jede fünfte Leitungsstelle bei den bayerischen Gesundheitsämtern unbesetzt. Bei den Amtsärzt\*innen ist es jede zehnte Stelle. Zudem gibt es etwa bei den Amtsärzt\*innen nur wenige Planstellen, bei denen die Bewerber\*innen deutlich schlechter verdienen als in einer Klinik.

Es müssen jetzt Maßnahmen entwickelt werden, um neues Personal zu gewinnen, den Personalaufbau zu gestalten und Gesundheitsämter in Bayern ressourcenmäßig und technisch zu verstärken. Ziel des Freistaates muss es sein, eine optimale Versorgungsstruktur sicherzustellen, unter anderem auch für eine optimale Vernetzung zwischen den Leistungserbringern, Ämtern und Behörden zu sorgen und eine auf die Anforderungen angepasste, erweiterte Software und technische Ausstattung zu implementieren.

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen der Anhörung die Umsetzung des "Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst" sowie die Möglichkeiten und insbesondere Lösungen zur Verbesserung der Strukturen und der allgemeinen Ausstattung im ÖGD im Freistaat Bayern erörtert werden.